

Bürgerinitiativen

proNaturRaum Völkersbach, Sulzbach, Waldprechtsweier und Malsch

Runder Tisch Windkraft-Frei-olsheim

Gemeinsam statt gegeneinander!

Sehr geehrte Damen und Herren Ober-Bürgermeister, Gemeinderäte, Verantwortliche in der Kommunalverwaltung,

vor etwa eineinhalb Jahren hat die grün-rote Landesregierung mit der Änderung des Landesplanungsgesetzes und dem Windenergieerlass die Regionalpläne bezüglich Windkraft außer Kraft gesetzt. Gleichzeitig wurden die Gemeinden und Städte vor die Wahl gestellt: „Entweder ihr erstellt einen Teilflächennutzungsplan Wind oder es dürfen überall WKA gebaut werden. Wenn ihr aber der Windenergie dabei nicht substantiell Raum verschafft (was auch immer dies bedeutet), dann ist eure Planung ungültig, und dann darf überall gebaut werden.“

Tatsache ist, dass WKA Mensch und Natur Schaden zufügen. WKA im Nordschwarzwald können mangels Wind und Speichermöglichkeiten nicht wirtschaftlich betrieben werden. Es gibt immer mehr Anhaltspunkte dafür, dass der Windatlas eine Schönrechnung ist, siehe <http://www.sueddeutsche.de/wissen/erneuerbare-energien-flaute-am-windrad-1.1801365>

Die grün-rote Landesregierung hält jedoch am Ausbau der Windenergie fest, und das, obwohl immer mehr Experten vor der Subventionierung und dem Ausbau der Windkraft warnen.

Im Jahresgutachten des Sachverständigenrats 2012/2013 heißt es:

*„Es ist zudem offensichtlich, dass die drei Kernelemente der Energiewende, erneuerbare Kapazitäten, Reservekapazitäten, Netze und Speicher, die eigentlich **systemisch zu denken** und zeitlich aufeinander abzustimmen sind, im Augenblick nicht in hinreichender Weise in einem Gesamtkonzept aufgehen. Eine drastische Vergütungsabsenkung könnte den bislang allesdominierenden rasanten Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugungskapazitäten zeitweise abbremsen und der Energiepolitik die nötige **Zeit zum Atmen** gewähren, sowohl die eigentlich vordringlichen Aufgaben anzugehen als auch die künftige Förderstrategie für die erneuerbaren Energien so umzugestalten, dass sie sich in ein europäisches Gesamtbild einfügt.“*

Bereits im Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie vom Februar 2012 war zu lesen:

*„Heute lässt sich nicht absehen, wie der optimale Energiemix der Zukunft aussehen wird, wo der Strom produziert werden wird und welche Speichertechnologien in Zukunft eingesetzt werden. Ob und zu welchen Anteilen der Solarstrom beispielsweise aus Spanien oder Nordafrika oder die Windenergie aus der Nordsee zur deutschen Energieversorgung beitragen werden, ist noch unbekannt. In welchem Maße Stauseen, etwa in der Schweiz oder in Norwegen, dazu verwendet werden, überschüssige Energie zu speichern, oder ob eher dezentrale Speichermöglichkeiten wie zum Beispiel Batterien in Elektroautos oder Nachtspeicherheizungen genutzt werden können, lässt sich derzeit ebenfalls nicht abschätzen. Erst recht gilt dies für Innovationen, deren Eigenart es nun einmal ist, dass sie unvorhersehbar sind. **Es ist zu befürchten, dass diese Unsicherheit bei gleichzeitigem hohem öffentlichen Druck, Erfolge vorzuweisen, die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger erneut dazu veranlasst, nach Methoden der Mikrosteuerung zu greifen. Fast unausweichlich sind die Maßnahmen solcher Politik oft unkoordiniert und damit zum Teil auch in sich inkonsistent.“***

Die Folgen solcher Politik werden bei uns nun Realität. Jede Gemeinde sieht sich in einer Zwangslage. Also werden dort Flächen ausgewiesen, wo der geringste Widerstand zu erwarten ist und wo die Gemeinden die Kosten der Naturzerstörung am wenigsten zu tragen haben: in den einwohnerschwächeren Randbezirken, an den Gemarkungsgrenzen zu den Nachbargemeinden, weg vom Stadt-/ Gemeindezentrum. Eine demokratische Solidargemeinschaft sollte jedoch ihre Probleme nicht auf Kosten derjenigen lösen, die sich nicht wehren können.

Malsch belastet mit seinen Planungen vorwiegend Völkersbach, aber auch den zu Gaggenau gehörenden Ort Freiolsheim. Gaggenau weist bisher vornehmlich Gebiete an der Gemarkungsgrenze Malsch aus und belastet damit neben seinen Ortsteilen Freiolsheim-Mittelberg-Moosbronn, die Nachbarorte

Waldprechtsweier und Völkersbach. In Gaggenau-Stadt sind Mittelberg und der Mettenrain schließlich nicht zu sehen (siehe Anlage Fotomontage).

Ettlingen und Karlsruhe versuchen inzwischen ihre Vorbergzone zu schützen. Dieser Schutz endet jedoch an der Gemarkungsgrenze von Malsch, da die Gemeinde Malsch ihren Bergwald nicht als schutzwürdig ansieht. Es steht zu befürchten, dass bei all diesen Planungen am Ende an jeglichen Gemarkungsgrenzen genügend große Flächen übrig bleiben, die beim Bau von WKA aus dem Erholungsgebiet Schwarzwald Nord eine gigantische Industrielandschaft werden lassen.

Wir sind der Meinung, dass nur ein echter Dialog zwischen den Kommunen und ehrliche Bürgerbeteiligung helfen können, dies zu verhindern. Die Kommunalpolitik muss nicht blind dem Aktionismus einer grün-roten Landesregierung folgen. Sie sollte sich erstrangig für das Wohlergehen der Bürger einsetzen – und zwar aller Bürger.

Was wir für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende fordern, ist mit gesundem Menschenverstand nachvollziehbar und nur gemeinsam zu erreichen.

1. Zunächst Energie sparen und energieeffiziente Techniken einsetzen, erst dann fossile Energieträger durch erneuerbare Energien ersetzen.
2. Der Gemeindeautonomie ist in wesentlich höherem Maße Rechnung zu tragen. Den Kommunen sollte dabei frei überlassen bleiben, welche erneuerbare Energie sie einsetzen, um das Ziel der Energiewende zu erreichen.
3. Bisher unberührte Gebiete am Schwarzwald-Westrand, insbesondere Kamm- und Gipfellagen sind besonderem Schutz vor der Bebauung mit WKA zu unterwerfen.
4. Den in den Gemeindegebieten z.T. zahlreich vorkommenden geschützten Arten, wie Vögel und Fledermäuse, ist ein ausreichender Lebensraum zu gewähren.
5. Zum Schutz der Menschen sollte der Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Siedlungsgebieten unabhängig von ihrer Größe, mindestens das Zehnfache der Gesamthöhe aufweisen.
6. Das EEG in seiner derzeitigen Fassung ist außer Kraft zu setzen. Eine die Natur und die Menschen schädigende Energiegewinnung darf nicht subventioniert werden. Energiepreise müssen wieder den Kontrollmechanismen der sozialen Marktwirtschaft unterliegen. Der Strom in Schwachwindgebieten darf nicht höher vergütet werden als der Strom in Starkwindgebieten. Keine garantierten Abnahmepreise über 20 Jahre.

Wir fordern deshalb alle Entscheidungsträger in den Gemeinden auf, gegen Flächennutzungspläne zu stimmen, ehe eine Abstimmung mit den Nachbarkommunen und den unmittelbar betroffenen Bürgern stattgefunden hat.

Darüber hinaus fordern wir die Gemeinden Gaggenau und Malsch auf, sich im Schulterchluss mit den Nachbargebieten Ettlingen-Karlsruhe und Baden-Baden, um einige zu nennen, bei den zuständigen Gremien des Landes klar im Sinne dieser Forderungen zu positionieren.

Wenn dieses nicht gelingt, ist es absehbar, dass sich nicht nur zwischen den Bürgern sondern auch zwischen den Bürgern und den Gemeindeverwaltungen ein erhebliches Konfliktpotential entfalten wird.

Im Sinne einer praktizierten Bürgernähe setzen wir voraus, dass die Bürgerinitiativen in diesen Prozess eingebunden werden.

Mit freundlichen Grüßen

Malsch und Gaggenau, den 30. Oktober 2013

Bürgerinitiativen proNaturRaum

Claudia Weinreuter
Arnfried Schmidt
Sabine Ochs
Manfred Hornung

Runder Tisch Windkraft-Frei-olsheim

Michael Gißler
Dr. Bernhard Voigt